

II-5084 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM

FÜR

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Ballhausplatz 2, 1014 Wien

Tel. (0222) 66 15, Kl.

DW

Sachbearbeiter:

GZ. 58.050.1/8-III.5/88

Wien, am 28. Juli 1988

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten  
Strobl und Genossen betr. Wiedererrichtung  
einer Verwiegestation beim Zollamt  
Kiefersfelden/Kufstein

2285 IAB

1988 -08- 02

zu 2451 IJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament1017 Wien

Die Abgeordneten Strobl, Weinberger und Genossen richteten am 7.7.1988 unter Zl. 2451/J-NR/88 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Ergebnis der Verhandlungen mit der BRD wegen Errichtung einer modernen Verwiegestation für die LKW-Gewichtskontrolle im Transitverkehr beim Zollamt Kiefersfelden/Kufstein, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Stimmt es, daß die Vertreter der BRD ihren bisherigen Widerstand gegen die Errichtung aufgegeben haben?
2. Gibt es bereits eine vertragliche Vereinbarung?
3. Kann mit dem baldigen Baubeginn dieser Waage gerechnet werden?
4. Entspricht die Pressemitteilung den Tatsachen, daß bereits ab Mitte 1989 diese Waage für die Verwiegung zur Verfügung steht?
5. Wie hoch sind voraussichtlich die Kosten der Errichtung und in welchem Verhältnis werden sie aufgeteilt?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.: Die zuständigen deutschen Zollbehörden sind seit 1982 bereit, die Verwiegestation zu errichten. Widerstände von Seiten der Gemeinde Kiefersfelden und betroffener Anrainer wurden zum Teil aufgegeben, zum Teil wurde darüber rechtskräftig entschieden bzw. werden die erlassenen Enteignungsbescheide nach Ausschöpfung der Rechtsmittel in nächster Zeit in Rechtskraft erwachsen.

Zu 2.: Eine bindende Grundsatzklärung über die Errichtung der Verwiegestation in der dritten Ausbauphase wurde 1982 von den

./2

- 2 -

österreichischen und deutschen Zollbehörden in Übereinstimmung mit den Tiroler und Bayerischen Landesbehörden abgeschlossen.

Bezüglich näherer Details verweise ich auf die Zuständigkeit des Bundesministers für Finanzen (sh. meine Anfragebeantwortung GZ 58.050.1/2-III.5/88 vom 23. März 1988, insbesondere Punkt 3.

- Zu 3.: Im Hinblick auf die nunmehr als gelöst zu betrachtenden rechtlichen Vorprobleme kann jetzt die Planung konkret einsetzen. Mit dem Baubeginn ist etwa im Frühjahr nächsten Jahres zu rechnen. Darüber hinaus errichtet die deutsche Zollverwaltung eine weitere Waage auf der deutschen Einreiseseite, mit deren Bau noch heuer begonnen wird.
- Zu 4.: Wegen der umfangreichen Planungsarbeiten wird der Bau der Verwiegestation bis Mitte 1989 nicht beendet sein.
- Zu 5.: Die Gesamtkosten der Errichtung der Verwiegestation mit entsprechenden Nebenanlagen, die unter anderem zur Minimierung von Staueffekten bei der Zollabfertigung notwendig sind, wurden 1982 mit 150 Mio. öS beziffert; die vier Waagen alleine kosten 6 Mio. öS. Österreich wird dazu mit einem Drittel beitragen.

Der Bundesminister  
für auswärtige Angelegenheiten:

